

Die „Laibacher Zeitung“ erscheint, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage, täglich, und kostet sommt den Beilagen im Comptoir ganzjährig 11 fl., halbjährig 5 fl. 50 kr., mit Kreuzband im Comptoir ganzl. 12 fl., halbj. 6 fl. Für die Zustellung ins Haus sind halbj. 50 kr. mehr zu entrichten. Mit der Post portofrei ganzl., unter Kreuzband und gedruckter Adresse 15 fl., halbj. 7 fl. 50 kr.



Insertionsgebühr für eine Garmonde-Spaltenzeile oder den Raum derselben, ist für 1malige Einschaltung 6 kr., für 2malige 8 kr., für 3malige 10 kr. u. s. w. Zu diesen Gebühren ist noch der Insertions-Stempelzuschlag per 30 kr. für eine jedesmalige Einschaltung hinzuzurechnen. Inserate bis 10 Zeilen kosten 1 fl. 90 kr. für 3 Mal, 1 fl. 40 kr. für 2 Mal und 90 kr. für 1 Mal (mit Inbegriff des Insertionsstempels).

Laibacher Zeitung.

Amtlicher Theil.

Kundmachung.

Der besugte Civil-Ingenieur Karl Postl hat den Eid in dieser Eigenschaft am 15. Februar 1865 bei dem k. k. Bezirksamt in Gottschee abgelegt und den ständigen Wohnsitz in der Stadt Gottschee genommen.

Was hiemit zur allgemeinen Kenntniß gebracht wird.

Von der k. k. Landesregierung Laibach am 29. März 1865.

Heute wird in deutschem und zugleich slovenischem Texte ausgegeben und versendet:

Gesetz- und Verordnungs-Blatt für das Herzogthum Krain.

V. Stück. Jahrgang 1865.

Inhalts-Uebersicht:

6.

Kundmachung der k. k. Finanz-Direktion für Krain vom 28. März 1865, Nr. 3675, in Betreff der Einhebung der direkten Steuern in den Monaten April, Mai und Juni 1865.

Vom k. k. Redaktions-Bureau des Gesetz- und Verordnungs-Blattes für Krain.

Laibach am 3. April 1865.

Nichtamtlicher Theil.

Laibach, 2. April.

Ein Hauptvorwurf, den die Opposition dem Ministerium Schmerling macht, ist der, daß es in der ungarischen oder Verfassungsfrage nicht thätiger vorgehe, eine Lösung nicht rascher anstrebe. Dies war auch der wesentlichste Inhalt der vom Abgeordneten Kaiserfeld in der Freitagsitzung gehaltenen, in vieler Beziehung ausgezeichneten Rede.

So bedeutend und interessant diese wohlgebaute, gedanken- und ideenreiche Rede auch erscheint, die Replik des Herrn Staatsministers dünkt uns doch noch bedeutender. Herr v. Kaiserfeld bewegte sich zu sehr auf dem Felde der Theorie, Herr v. Schmerling dagegen sprach wieder als gewiefter Staatsmann voll Genie und Selbstbewußtsein. Dies zeigte sich besonders als er die ungarische Frage berührte. Er gestand, indem er auf sein Vorleben hinwies, daß sein persönliches Naturell für rasches Vorgehen sei, aber daß der Staatsmann in ihm Geduld vorschreibe. Schlagend war sein Hinweis auf die diametralen Gegensätze zwischen den 1848er Gesetzen und der Februarverfassung, und welche zu beseitigen sind, bevor von einem Ausgleich die Rede sein kann. Die Verhorrescirung der Altkonservativen und ihrer Bestrebungen, sowie das Geständnis, das Ministerium stehe auch auf Seiten der liberalen Partei in Ungarn, müssen bei allen freisinnigen Patrioten im Reiche lebhafte Anerkennung finden und jeden Zweifel an der Verfassungstreue des Staatsministers beseitigen. Solche Erklärungen sind aber auch unumgänglich nothwendig, um Illusionen zu zerstören, die man sich in Ungarn im entgegengesetzten Sinne macht, indem man den Boden der Verfassung als unterwöhlt betrachtet. Wir zweifeln, ob die Ungarn noch länger warten werden, wenn sie einmal das Unabänderliche kennen; wir aber müssen warten bis sie zur Erkenntniß von der Festigkeit der Dinge diesseits der Leitha gekommen sind. — Die Erklärung des Staatsministers über die einzige mögliche Vereinbarung wird daher von den wohlthätigsten Folgen sein. Nur wäre es zu wünschen, daß in dem ganzen Verwaltungskörper eine größere Ein-

heit herrschen würde, und daß wie in anderen konstitutionellen europäischen Staaten der Grundsatz, „wer nicht für mich, ist wider mich“ strengstens zur Ausübung läme. Nur wenn alle Organe den Intentionen des obersten Leiters zu Willen sind, kann der selbe auf pünktliche und stramme Durchführung seiner Anordnungen rechnen. Ein konstitutionelles Regime mit anti-konstitutionellen Organen ist nicht gut denkbar.

40. Sitzung des Abgeordnetenhauses

vom 30. März.

(Schluß.)

Minister Graf Mensdorff-Ponilly schließt seine Rede, wie folgt:

Glauben Sie mir meine Herren, daß dem kaiserlichen Ministerium des Neuherrn gewiß eben so sehr, wie dem h. Hause, alle möglichen Ersparnisse zu erreichen, am Herzen liegt. Ich glaube gerade in dem Antrage von Seite des Ministeriums des Neuherrn kundgegeben zu haben, daß es Ernst und wirklich die Absicht des Ministeriums ist, so viel als es ohne Benachtheiligung des Dienstes möglich ist, zu ersparen. Aber ich muß doch auch den Herren zu bedenken geben, daß in einem Dienstzweige, welcher gerade dazu jetzt berufen ist, die Segnungen des Friedens dem Staate zu erhalten, allzugroße Einschränkungen nicht möglich sind, ohne unseren Einfluß im Auslande zu benachtheiligen. Der Antrag, der von einer Seite gestellt worden ist, verschiedene Missionen eingehen zu lassen, ist einer, der wirklich, so lange von anderen Großmächten an jenen Orten Missionen gehalten werden, von Österreich schwer zu vollziehen sein dürfte, ohne dadurch die Großmachtstellung Österreichs aufzugeben. Ich kann mich daher nur dem Antrage des Abg. Baron Tinti zustimmend erklären, weil er ungefähr mit dem zusammenfällt, was ich selbst in Antrag gebracht habe; ich erkläre mich daher nochmals bereit, an dem mit 2,377.430 fl. bezifferten Gesammtfordernisse des Ministeriums des kais. Hauses und des Neuherrn eine Abminderung von 148.000 fl., folglich um 9340 fl. mehr als der Finanzausschuß in seinem vorliegenden Bericht beantragt, vorzunehmen jedoch nur unter der Bedingung des Zugeständnisses des Virements, wenigstens für die ersten drei Titel. Zur Verhüting des Herrn Abg. Dr. Herbst erlaube ich mir nur noch zu bemerken, daß, auf den dermaligen Stand der Valuta Rücksicht genommen, die Ansprüche für Perzentualzuschüsse, die im Voranschlage mit 114.377 fl. präliminiert sind, schon für das laufende Jahr auf die Hälfte, auf 57.137 fl. reduziert wurden, die andere Hälfte aber selbstverständlich in der befürworteten Abminderungssumme von 148.000 fl. begriffen ist und daß, wenn in Folge des noch weiteren Heraufgehens oder gänzlichen Verschwindens des Silberagio's noch etwas erspart werden kann, dies nicht zu andern Zwecken verwendet werden, sondern der Staatskasse zu Gute kommen soll. Sollte das h. Haus in diesen meinen Vorschlag nicht eingehen zu können glauben, so müßte ich dann freilich in der Spezialverhandlung gegen einige Anträge des Finanzausschusses Einsprache erheben.

Berichterstatter Abg. Engen Kinsky erklärt sich für den Antrag des Abg. Berger und gegen den des Abg. Tinti. Abg. Tinti erklärt seinen Antrag zurückzuziehen, nachdem der Minister sich mit den Virements bezüglich der ersten drei Titel zufrieden erklärt hat.

Abg. Herbst: Da die Perzentualzuschüsse, welche den 4. Titel bilden, aus den Virements ausgeschlossen sind, so erkläre er Namens des Finanzausschusses, daß dieser gegen die Virements der ersten drei Titel vorbehaltlich der zu beschließenden Ziffern nichts einzuwenden habe.

Abg. Hartig nimmt den Antrag des Ministers als eigenen Antrag auf.

Berichterstatter stellt die Anfrage, wie es sich mit den 47.000 fl. verhält, mit deren Abstreitung von Titel 4 sich der Minister im Finanzausschuß einverstanden erklärt hatte, wenn das Virement gestattet wird.

Präsident eröffnet die Spezialdebatte.

Bei Titel 1, Zentralleitung, (Ordinarium 415.000 Gulden, Extraordinarium 18.790 Gulden) ergreift zuerst

Abg. Mende das Wort, um sich in ausführlichster Weise gegen die vom Ausschuß beantragte Auflassung des Zahlsamtes auszusprechen und den Abstrich des Finanzausschusses von 7500 fl. in das Extraordinarium wieder einzustellen. Er stellt den Antrag, daß die Auslagen für das Zahlsamt nicht mehr vom Ministerium des Neuherrn, sondern auch von den dort verwalteten Fonden getragen werden (wird unterstützt.) Der weitere Antrag Mende's Titel 1, Zentralleitung, Extraordinarium mit 26.290 Gulden einzustellen, wird ebenfalls unterstützt.

Über die Art der Abstimmung ergibt sich eine Kontroverse; es handelt sich nämlich darum, wo die Frage der Virements zur Abstimmung gebracht werden soll. Die Majorität erklärt sich dafür, daß vorläufig über die einzelnen Titel abgestimmt werde und daß diese Frage der Virements der Abstimmung über das Finanzgesetz vorbehalten bleibe. Es wird sodann Titel 1, Zentralleitung, Ordinarium mit 415.000 fl. angenommen. — Das Extraordinarium des Titel 1 wird vom Finanzausschuß mit 18.790 fl. beantragt.

Der Berichterstatter spricht gegen den Antrag Mende, die Auslagen des Zahlsamtes wieder einzustellen. Bei der Abstimmung fällt der Antrag Mende und wird der Ausschlußantrag angenommen.

Titel 2, Diplomatische Auslagen, beantragt der Finanzausschuß das Ordinarium mit 1.100.000 fl. und das Extraordinarium mit 55.400 fl. zu bewilligen.

Finanzminister v. Plener glaubt, es sei die Erklärung des Ministers des Neuherrn falsch aufgefaßt worden. Diese erkläre sich mit dem weiteren Abstrich von 9000 fl. einverstanden, wenn das Virement für die ersten drei Titel bewilligt werde. Für den Titel 4 (Perzentualzuschüsse) habe der Minister wohl von den vom Finanzausschuß eingestellt gewesenen 100.000 fl. einem Abstrich von nahe 43.000 fl. seine Zustimmung erhebt, aber er müßte verlangen, daß dieser abgestrichene Betrag zu den drei ersten Titeln hinzugerechnet werde, sonst könnte er dem Abstrich des Finanzausschusses und dem weiteren Abstriche von 9000 fl. nicht bestimmen.

Abg. Baritius benützt die Gelegenheit, um für die Aufhebung des Concordates im Interesse der griechischen Kirche in Siebenbürgen zu sprechen.

Abg. Herbst erklärt, wenn das Haus der Ansicht des Finanzministers bestimmt, wäre das nicht eine Ersparung von 9000 fl., sondern eine Erhöhung von 34.000 fl., da die Biffer Perzentualzuschüsse eben sinken müßten, sobald das Agio sinkt. Diese Ersparung müßte jedenfalls dem Staatschafe zu Gute kommen, das sei auch der Grund, warum man den Virements nur für die drei ersten Titel zustimme. Wenn die Regierung darauf beharrt, so müßte der Finanzausschuß auch auf seinen Biffen beharren.

An der Debatte über diesen Gegenstand beteiligen sich noch für die Ansicht der Regierung Waidele und Breitl für die Ansicht Herbst.

Minister des Neuherrn Graf Mensdorff erklärt, wenn die von dem Finanzminister ausgesprochene Ansicht nicht angenommen wird, auf der ursprünglichen Biffer der Regierungsvorlage beharren zu müssen.

Bei der Abstimmung wird Titel 2 nach dem Antrag des Finanzausschusses angenommen. — Titel

3, Konsulaussagen, beantragt der Finanzausschuss mit 539.250 fl. für das Ordinarium und 7330 fl. für das Extraordinarium zu bewilligen.

Abg. Baritiu spricht von den Verhältnissen Siebenbürgens zu den Fürstenthümern und beklagt die schlechte Handelsvertretung der Österreicher in den genannten Ländern.

Abg. Schulz-Liblo spricht von einem Vertrags zwischen Siebenbürgen und der Pforte, gewisse Weideplätze betreffend, welche der siebenbürgischen Viehhöökonomie große Vortheile boten und das Aufblühen der Wollmanufaktur auch zur Folge hatten. Vor wenigen Wochen las man in den Zeitungen, die Pforte habe diesen Vertrag gekündigt, weil sie die Plätze für die aufgenommenen Escherlessen braucht. Er bittet die Regierung, dem Finanzausschusse für 1866 die nötigen Aufklärungen darüber zu geben, was sie für die siebenbürgische Viehhöökonomie gethan habe. Redner beklagt, daß die Konsularämter mehr politische Missionen sind und wenig ihrer eigentlichen Bestimmung für die Handelsinteressen nachkommen. Redner stellt den Antrag, die Konsularämter mögen aus dem Wirkungskreis des Ministeriums des Neuzern ausgeschieden und in den des Handelsministeriums zugetheilt werden. (Wird unterstützt.)

Abg. Schindler weist darauf hin, daß österr. Bergwerksleute nach den Fürstenthümern gelockt, und ohne daß die mit ihnen abgeschlossenen Verträge eingehalten worden wären, wieder entlassen würden. Man habe ihnen keine Gegenthung verschaffen können. Redner findet, daß ein Österreicher im Auslande überhaupt nicht den genügenden Schutz finde.

Der Ausschusstantrag wird hierauf angenommen. — Der Antrag Schulz-Liblo wird abgelehnt.

Titel 4, Perzentualzuschüsse, beantragt der Ausschuss mit 100.000 fl. zu bewilligen.

Abg. Taschek vergleicht diese Ziffer mit der in den Vorjahren bewilligten und vergleicht den betreffenden Agoistand. Er beantragt, die Perzentualzuschüsse nur mit 80.000 Gulden zu bewilligen. (Unterstützt.)

Der Antrag Taschek bleibt in der Minorität und wird der Ausschusstantrag angenommen.

Als Bedeckung der Konsulareintüste beantragt der Finanzausschuss 129.600 Gulden einzustellen. (Angenommen.)

Es kommt der Antrag Berger auf Restriktion der Auslagen für einige Missionen zur Abstimmung.

Abg. Tinti bittet, den Antrag getheilt zur Abstimmung zu bringen, so daß die Auslassung der Missionen in den kleinen deutschen Staaten für sich zur Abstimmung komme. — Berger zieht den zweiten Theil zurück.

Bei der Abstimmung bleibt der Antrag Berger mit 69 gegen 74 Stimmen in der Minorität.

Der Antrag Kuranda, die Erwartung auszusprechen, die Regierung werde ein Blaubuch vorlegen, wird angenommen, worauf die Sitzung geschlossen wird.

Nächste Sitzung morgen.

41. Sitzung des Abgeordnetenhauses

vom 31. März.

Auf der Ministerbank: Schmerling, Mecsek, Plener, Hein, Frank, Hofvizkanzler Beck, Hofvizkanzler Reichenstein.

Nach Vorlesung des Protokolls und Mittheilung der Einläufe kommt eine vom Abg. Tinti und Genossen an den Staatsminister gerichtete Interpellation zur Vorlesung.

Dieselbe betrifft das Fortschreiten der sogenannten sibirischen Pest, welche nach den neuesten Zeitungsberichten bereits in Kongress-Polen wütet und die Interpellanten richten deshalb an den Staatsminister die Frage: „Welche Vorkehrungen hat die Regierung getroffen, um über den Charakter der Krankheit ärztliche Erhebungen zu pflegen und die fortschreitende Bewegung derselben über die österreichische Grenze aufzuhalten?“

Staatsminister v. Schmerling erklärt sich den Interpellanten zu Dank verpflichtet, weil sie ihm Gelegenheit geben, dem Hause Mittheilungen über die von der Regierung getroffenen Vorkehrungen zu machen. Die kaiserliche Gesandtschaft in Petersburg habe der Regierung bereits Mittheilung über das heftige Auftreten der Krankheit gemacht. Ueber den Charakter derselben konnte aber die Gesandtschaft keine Auskunft geben. Die Regierung habe zwei Ärzte, und zwar den Primararzt des Lemberger Krankenhauses und einen Privatarzt, der durch seine Studien über die egyptische Pest, welche er in Alexandrien machte, sich einen Namen erworben hatte, nach Russland geschickt, welche die Mission haben, den Charakter der Krankheit zu untersuchen. Es seien übrigens noch drei Ärzte bestimmt jenen zu folgen. Die Stathalterei in Krakau sei angewiesen, mehrere Ärzte abzusenden, welche sich mit der Behandlungsweise der Krankheit vertraut machen sollen. Man habe zu

dieser Mission galizische Ärzte wegen der Sprache und wegen der Nähe gewählt. Sollte die Regierung erfahren, daß die Krankheit epidemisch ist, welche eine Isolirung nothwendig macht, dann werde die Regierung auch diese Frage in die Hand nehmen, um die mögliche Verschleppung zu verhüten. Von einem Ausbruch der Krankheit über Petersburg hinaus habe die Regierung keine Mittheilung. Ueber eine von der Regierung gestellte Auffrage, ob in Kongresspolen ein Fall dieser Krankheit bekannt sei, wurde dies in Abrede gestellt. Dies scheine also nur eine Zeitungssente zu sein. Die Regierung habe auch in einem allerunterthünigsten Vortrage an Sc. Majestät die Zusammensetzung einer außerordentlichen Kommission befürwortet, um in die Angelegenheit eine einheitliche Leitung zu bringen.

Auf der Tagesordnung steht das Budget der ungarischen Hofkanzlei. Berichterstatter ist Abg. Bresl. Der Ausschuss beantragt das Erforderniß, ohne Gliederung in einzelne Titel, im Ganzen, und zwar mit 11.000.000 fl. als Ordinarium und 500.000 fl. als Extraordinarium zu bewilligen.

Abg. Kaiserfeld: Er hätte nicht das Wort ergriffen, würde er sich nicht durch die Rede des Staatsministers am Schlus der Generaldebatte dazu herausgefordert fühlen. Die Opposition bekämpfe das, was nicht lebenskräftig ist und er hoffe, die Geschichte werde sie eine gerechtfertigte nennen. Österreich befindet sich in einer Übergangsperiode und man könne wohl die gegenwärtige Regierung nicht für die Sünden der Vergangenheit verantwortlich machen. Die Regierung hätte das Defizit, die schwankende Valuta, die insolvente Bank u. s. w. vorgefunden. Als die Regierung die Zügel ergriff, war der staatsrechtliche Bestand Österreichs in Frage gestellt. Sie müßte sich sagen, daß es ihre Aufgabe sei, den Staat aus diesen Gefahren zu retten und die finanzielle und staatsrechtliche Frage zur Lösung zu bringen. Wenn er die vier letzten Jahre überblickt, so müßte er die Überzeugung haben, daß die Regierung ihre Aufgabe nicht erkannte. Die Verfassungsfrage sei eben so verfahren, wie die deutsche. Hätte der Finanzminister den Zusammenhang zwischen dieser Frage und der finanziellen erkannt, so hätte er im Ministerrat gezeigt seine Stimme nicht nur für Ersparungen, sondern auch für die Verfassungsfrage erhoben. So lange diese nicht gelöst ist, kann man nicht an eine Ordnung der Finanzen, nicht an einen Frieden, nicht an die Sicherung der Verfassung, nicht an eine Erhöhung der Macht Österreichs denken. Die Verfassung sei noch unentwickelt, aber so embryonisch sie ist, sei doch die Form der Entwicklung in derselben vorgeschrieben. Die Länder diesesseits der Leitha seien seit Jahrhunderten eng verbunden. Die Institution des engeren Reichsraths drückt verfassungsmäßig die Sonderstellung gegenüber den übrigen Ländern aus, während der gesamte Reichsrath die Einheit des Reiches darstelle. Diese Gliederung mache es unmöglich, daß die Autonomie der Länder den Gang der Reichsverwaltung hemme. Redner sieht voraus, daß man mit der Zeit zur Theilung des Budgets in ein Reichsbudget und in ein Länderbudget werden schreiten müssen und glaubt, dies könnte nicht nur ein bedeutender Schritt zur Regelung des Staatshaushaltes, sondern auch zur Durchführung der Verfassung werden. Redner verwahrt sich gegen den ihm gemachten Vorwurf der reinen Negation in seiner in der Adressdebatte gehaltenen Rede und sagt, wer ihn damals verstehen wollte, habe ihn verstanden. Ihm bürge dafür die ihm gewordene Anerkennung von Seite ungarischer Parteien, welche fanden, daß seine damals ausgesprochenen Ideen eine Handhabe zur Vereinigung sein könnten.

Der Minister habe in seiner letzten Rede erklärt, die Regierung sei ein selbstständiger Faktor und gehe ihren Weg, wenn sie auch nicht im Einklang mit der Mehrheit des Hauses sich befindet. Glaubt der Staatsminister, daß solche Erklärungen die Ungarn bewegen können, ihre Verfassung aufzugeben und sich diesen Ideen anzuschließen? Redner versichert, daß seine Partei der gleichgesinnten in Ungarn die Hand reichen werde, diese könne sich aber nur im Landtage finden. Redner schildert in den grellsten Farben unsere wirtschaftlichen Verhältnisse und ergeht sich in Ausfälle gegen die Finanzverwaltung, namentlich gegen die Steuerreform und die Depotgeschäfte. Diese Lage sei in ganz Europa bekannt, sie untergrabe unsrer Ansehen im Auslande. Welche Garantie haben wir, daß wir in nächster Zukunft nicht angegriffen werden und wenn dies geschieht, sehe er nur düstere Resultate in Folge der inneren Zerrissenheit. Das Haus müsse die Grenze der Ersparungen nur in der Möglichkeit der Leistungen erblicken. Man müsse den Augenblick nicht versäumen, weil man die Zukunft nicht in der Hand habe. Ein Todesfall, der Nebenfall eines übermuthigen Feindes könne dem momentanen Frieden ein Ende machen, und deshalb müsse man wünschen, daß andere Ideen leitend werden. Das Haus habe die Mission, die Wahrheit dem Herrscher gegenüber auszusprechen. Er schließt mit den

Worten: Nur jene Regierung wird Österreich vor dem Verfallsreiten, mit welcher das Haus, mit welcher wir gehen!

Abg. Waidele spricht gegen die von dem Vorredner ausgesprochene Idee der Theilung des Budgets. Man würde dann nicht eine Zweitheilung, sondern eine siebzehnsache herbeiführen. Redner beleuchtet die finanzielle Seite der ungarischen Frage. Er liefert an der Hand der Geschichte und des Staatsrechtes eine Reihe statistischer Daten; um das früher bestandene dualistische Prinzip der Finanzen zu beleuchten. Er zeigt, daß Ungarn bis zum Jahre 1848 mit mehr als zweitausend Millionen im Rückstand geblieben und daß dies wohl auch zu den von Kaiserfeld geschilderten volkswirtschaftlichen Katastern beigetragen habe. Dies seien die Folgen dualistischer Finanzwirtschaft, welche bis 1848 währete. Dies zeige allein schon, wie nothwendig die Einheit des Reiches, namentlich in Finanzsachen sei. Die Reichseinheit sei eine Lebensfrage für Österreich und jede andere sei neben ihr nur untergeordneter Natur.

Finanzminister v. Plener erklärt, die Ausdrücke, welche Kaiserfeld der Regierung gegenüber gebrachte, zurückweisen zu müssen. Er überläßt es übrigens dem Hause, zu beurtheilen, ob derlei Phrasen würdig und zur Sache gehörig sind. Die Regierung halte es aber unter ihrer Würde, in ähnlichen Ausdrücken sich gegen die Mitglieder der Opposition zu ergehen. Was die Frage der Aufnahme von Vorschüssen betrifft, müsse er sich die Bemerkung erlauben, daß er den Abg. Kaiserfeld trotz seiner geistreichen Rede der konkreten Verhältnissen des Finanzdienstes zu ferne stehend erachte, um ihm so nebenher über diese Frage ein maßgebendes Urtheil einräumen zu können. (Bravo) Was den Ausfall auf die Steuerreform betrifft, könne er die Bemerkung nicht unterdrücken, daß es ihm sehr auffalle, daß jetzt schon in dem gegenwärtigen Zeitpunkte, wo über diese Regierungsvorlage ein vom Hause gewählter Ausschuß tagt und seine Verhandlungen hält, welchem Ausschuß hr. Kaiserfeld nicht angehört, dieser darüber vorweg ein absprechendes Urtheil fällt will (Bravo). Man möge abwarten, bis die Verhandlungen in das Haus kommen und die Gründe für und wider in würdige und reisliche Erörterung zu ziehen sein werden (Bravo).

Staatsminister v. Schmerling: Er würde sehr gerne den Details der Rede des Abg. Kaiserfeld folgen, schon deshalb, weil er denselben die größte persönliche Achtung zolle. Allein dieser verhüte alle Zweige der Verwaltung und er wolle die Geduld des Hauses nicht dadurch ungerechtfertigt in Anspruch nehmen, daß er in seiner Erwiederung auch nach allen Richtungen hin sich ergehen würde. Er wolle sich auf das beschränken, was der Abg. Kaiserfeld zunächst und namentlich gegen ihn selbst gesprochen, damit nicht aus dem Schweigen der Regierung auf eine Billigung der Anschauungen des Herrn Vorredners geschlossen werden könne.

Wenn der Herr Abg. Kaiserfeld, fährt der Minister fort, insbesondere gegen mich sich wendet und mir Lässigkeit und Mangel an aktivem Vorgehen, mir aber nur Hinwarten zum Vorwurf macht, bin ich nur so frei der h. Versammlung zu bemerken, daß denn doch in dieser Beziehung auch etwas meine Vergangenheit ins Auge gefaßt werden möge. Meine entschiedensten politischen Gegner haben mir zu allen Zeiten wenigstens das freundlich zuerkannt, daß ich ein Mann von einiger Thatkraft und nicht von Lässigkeit sei. Es ist nicht das Erstmal, daß ich durch das Vertrauen Sc. Majestät berufen ward, Geschäfte zu führen. Schon einmal befand ich mich im Rat der Krone und ich glaube, daß diejenigen Herren, die mein damaliges Wirken im Auge haben, mir wenigstens nicht vorwerfen können, daß ich damals lässig war, daß ich die Zeit unbenußt verstreichen ließ und daß die Periode, die mich damals im Amt fand, nicht wenigstens quantitativ bedeutende Resultate zu Tage gefördert hat. Ebenso liegt es meiner Natur inne, am Ende mehr offensiv als defensiv vorzugehen und es würde daher ganz gewiß namentlich in der ungarischen Frage für mich bedeutend mehr Reiz darin gelegen sein, rasch vorwärts zu gehen, als mit einiger Geduld abzuwarten.

Wenn demnigegen in der ungarischen Frage von Seite der Regierung die bisherige so sehr getadete Politik eingeschlagen wurde, muß es daher nicht in dem Mangel an Thatkraft, sondern in dem seine Ursache haben, daß man eben zu der Überzeugung gekommen ist, daß gewisse Fragen sich nicht rasch lösen lassen, daß am allermeisten zur Lösung gewisser Fragen die alles vermittelnde und befürstigende Zeit beitragen müsse. Es mag dies für eine irrite Anschauung gehalten werden, es ist aber doch, wie ich glaube, eine zum Theile gerechtfertigte Anschauung. Ich habe heute noch die Überzeugung, daß ein vor zwei Jahren oder ein selbst im vorigen Jahre einberufenen Landtag gar kein befriedigenderes Resultat gewährte, als der, welcher im Jahre 1861 abgehalten wurde. Daß ich auch von dem nächsten Zusammentritte mir nicht das erfreuliche Resultat verspreche,

war ich in der Lage, bereits das vorige Mal aneinanderzusetzen. Was dem ungarischen Landtage gegenüber geschehen kann, darüber habe ich mich ebenfalls bereits wiederholt ausgesprochen.

Es kann dem ungarischen Landtage gegenüber gar keine andere Politik geben, als die, ihn dahin zu bringen, daß die Reichsverfassung anerkannt werde. Allerdings ist es von Seite des Abg. Kaiserfeld ganz allgemein bezeichnet worden, worin denn die ungarische Politik bestehen und wie die ungarische Frage gelöst werden soll. Aber das, was er darüber angekündigt hat, sind eben nur Prinzipien und die Regierung hat etwas ganz anders zu thun als Prinzipien hinzustellen, sie hat gerade irgend ein Prinzip praktisch zur Ausführung zu bringen und dies braucht eine Masse von Schritten, die, wenn man sie ins Auge faßt, mit ganz eignentümlichen Schwierigkeiten verbunden sind. Um nur ein Beispiel auszuführen: Herr v. Kaiserfeld sagt, „die Reichsverfassung sei Ungarn gegenüber zur Durchführung zu bringen“ und auf der andern Seite kennzeichnet er seinen Standpunkt, daß ungarische Recht anzuerkennen. Was ist das, was man zur Zeit das ungarische Recht nennt? Das sind bei einer großen Partei die Gesetze von 1848. Ich frage aber nun irgend einen praktischen Staatsmann, wie läßt sich das vereinigen, auf der einen Seite die Gesetze von 1848 anerkennen und auf der andern Seite unsere Reichsverfassung als die Basis des öffentlichen Rechtes hinzustellen, (Allgemeines Bravo, Bravo! Sehr gut! Links: Nicht richtig!) Darin liegt die unwesentliche Schwierigkeit. (Bravo, sehr gut!)

Weiter's hat derselbe Herr Abg. v. Kaiserfeld auf das lebendigste betont, daß nach dem Grundgedanken unserer Verfassung der Ausgleich mit Ungarn durchzuführen sei. Worin besteht denn eben der Ausgleich? Er besteht darin, daß das ungarische Volk und der ungarische Landtag zur Überzeugung komme, es müsse eine entschiedene Revision der 1848er Gesetze durchgeführt werden und zwar in der Richtung, daß, bevor ihre Gültigkeit anerkannt werde, alles aus den 1848er Gesetzen beseitigt werde, was mit unserer Verfassung im Widerspruch steht. Das ist ja eben auch unser Standpunkt, den wir immer bekannt haben. Nunmehr der Herr Abg. v. Kaiserfeld den Ausgleich in dem Sinne, so reiche ich ihm mit Vergnügen die Hand, dann werden wir gemeinschaftlich wirken. Daß aber gegenwärtig in Ungarn der Ausgleich nicht in dem Sinne genommen wird, darüber, meine Herren, mag sich Niemand einer Täuschung hingeben.

Wenn der Herr Abg. v. Kaiserfeld vor Allem darauf Gewicht gelegt hat, daß die sogenannte Opposition dieses Hauses mit der liberalen Fraktion in Ungarn Hand in Hand geht, daß dieser ihre Sympathien zugewendet sind, so kann ich offen aussprechen, daß von unserer Seite keine andere Meinung besteht. (Bravo, Bravo!) Für jene Partei, welche die sogenannte altkonservative ist, haben wir nicht die geringste Sympathie. (Sehr gut! Bravo!) Wir erkennen in ihr sogar unsere entschiedensten, unsere hartnäckigsten Gegner. (Bravo! Bravo!) Gegner von solcher Entschiedenheit, daß — ich spreche es aus — ihre Minen sogar in diesem Hause ihre Wirkung thun.

Wenn von Seite des Herrn Abg. v. Kaiserfeld auf jenen Tratsch hingewiesen wurde, den ich in der letzten Sitzung zur Sprache gebracht habe, so ist es mir recht angenehm, auf dieses erwiedern zu können, daß ich selbst jetzt zur Überzeugung gekommen bin, daß dasselbe, was ich gesagt habe, der Wahrheit entbehre.

Auf der einen Seite hat ein einflußreiches Mitglied dieses Hauses jenen Ausspruch desavouirt, auf der andern Seite ist mir eine gleiche Desavouirung von jenem Minister geworden, den ich genannt habe.

Ich erkläre ganz offen, daß dieses eine Unrichtigkeit war. Daß am Ende meine Behauptung nicht so leichtfertig gemacht worden ist, mögen die verehrten Herren aus dem entnehmen, wie gerade die Blätter, von denen man weiß, daß sie in Beziehungen zu dem genannten Grafen stehen, fortwährend darüber geschrieben haben.

Ich habe am Ende nur noch eine Bemerkung mir zu erlauben, die ich aber im Namen der Gesammtregierung abgeben muß. Herr von Kaiserfeld hat im Verlaufe seiner Rede vielleicht etwas allgemeiner, als ihm selbst bei einer ruhigen Betrachtung angemessen wäre, erwähnt, daß in einem Theile des Reiches und namlich in Ungarn Se. Majestät der Kaiser von Österreich nur fiktischer Herrscher sei. Dieser Behauptung muß ich mit aller Entschiedenheit entgegentreten. Bei allen lohalen Ungarn ist Se. Majestät der Kaiser rechtmäßiger König von Ungarn. Es mag allerdings wahr sein, daß das feierliche Moment der Krönung fehlt, allein das Moment der Krönung vermag dem Bunde, welches Ungarn an seinen legitimen Herrscher knüpft, nur noch eine besondere Weihe aufzudrücken; die Bedingung der Rechtmäßigkeit ist die Krönung nicht. Se. Majestät erkennt sich zur Zeit als rechtmäßiger König von Ungarn. (Allgemeines Bravo.) Er wird als solcher von allen lohalen Ungarn anerkannt und ich

glaube, daß in diesem H. Hause sich Niemand finden dürfte, der nicht die ganz gleiche Ansicht aussprechen wird. (Allgemeines lebhafes Bravo.)

Abg. Kaiserfeld erklärt, mißverstanden worden zu sein, er habe gesagt: „daß der Kaiser von einem Theile seiner Unterthanen nur als fiktischer Herrscher angesehen werde“, nicht „daß er es sei.“ (Schluß folgt.)

Oesterreich.

Prag, 31. März. Heute fand die Schlusshandlung in dem Preßprozeß gegen den Landtagsabgeordneten Dr. Kuh, Redakteur und Eigentümer des „Tagesboten“, statt; die Anklage lautete auf Verbrechen der Majestäts-Beleidigung. Das Urtheil, welches nach langer Beratung gefällt wurde, sprach ihn schuldlos und vom Kostenersatz frei. Als Vertheidiger fungirte Dr. Staudnitz.

Ausland.

München, 30. März. Die Staatsregierung hat der Abgeordnetenkammer einen Gesetzentwurf vorgelegt, durch welchen die sechsjährigen Finanzperioden in zweijährige abgeändert werden. Die Vorlage wurde von der Kammer mit Beifall aufgenommen.

— 30. März (Nachts). In der heutigen Sitzung der Abgeordnetenkammer wurde Professor Pözl mit 80 Stimmen zum Präsidenten, Schlör mit 83 Stimmen zum zweiten Präsidenten gewählt. Der Kandidat der Fortschrittspartei Barth erhielt 31, resp. 40 Stimmen.

Berlin, 30. März. Die von der Regierung am 8. Februar neuerdings vorgelegte Militärnovelle wurde von der Militärikommission des Abgeordnetenhauses mit Ausnahme der die Bestimmungen bezüglich der Marine enthaltenden Paragraphen abgelehnt. Die Beratungen über die Bestimmungen bezüglich der Marine wurden wegen Abwesenheit des Regierungskommissärs vertagt.

Hamburg, 31. März. Hier eingelaufenen Nachrichten aus Port-au-Prince zufolge sind dort 400 Häuser abgebrannt. Der Schaden beläuft sich auf 2½ Millionen Dollars.

Konstantinopel, 25. März. Die Gesandten von Kofan geben sich auch nach England. — Der Handelsminister Savet Pascha wurde zum Gesandten in Paris, der Unterrichtsminister Ethem Pascha zum Handelsminister, Newrez Pascha zum Unterrichtsminister und Kadri Bey zum Generalpostdirektor ernannt. — Eine neue Leibgarde des Sultans wird organisiert.

Athen, 25. März. Der Finanzminister soll durch Herrn Krestenitis, der unter König Otto mehrmals Minister war, ersetzt werden. Die Stimmung ist erhöht. Die Deputiertenwahlen wurden auf den 14. Mai a. St. festgesetzt. Die Kammer wird wahrscheinlich im September einberufen. — Der preußische Geschäftsträger Schmidhals soll durch Herrn Wagner, jetzt in Mexiko, ersetzt werden. — Balbis wurde zum Präsidenten des Staatsrats ernannt.

Lokal- und Provinzial-Nachrichten.

Laibach, 3. April.

Bei der am 30. März unter dem Vorsitz Sr. Exzellenz des Herrn Statthalters gepflogenen Beratung des Nothstands-Comite's für Innerkrain, wurde der Bericht des l. l. Bezirksamts-Vorsteher von Adelsberg in Verhandlung genommen, laut dessen für die Ortschaften Grobsche, Mautersdorf, Salog, Raititsch und Nusdorf des Bezirkes Adelsberg und Goritsche, Großberdo, Kleinberdo und Bresje des Bezirkes Senojevci von einem ungenannten Wohlthäter ein bedeutender Betrag zum Ankaufe von Lebensmitteln dem genannten Bezirksvorsteher unmittelbar angewiesen, und von diesem sogleich seiner Bestimmung zugeführt worden ist.

Das Comite beschloß, den Ortschaften Adelsberg, Altendorf, Groß- und Klein-Otok, Grobsche und Sagon des Bezirkes Adelsberg die vom l. l. Bezirksvorsteher angetragene Unterstützung mit 150 Mezen Kukuruz und 75 Mezen Fisolen zuzuwenden, welches Quantum, sogleich aus den beim Landes-Präsidium eingelaufenen Sammlungsgeldern angekauft und abgeschickt worden ist.

Dem l. l. Bezirksamte Laas wurde für die Nothleidenden der abgebrannten Ortschaft Oberseedorf 10 Zentner Mehl und ein Betrag von 5 fl. für Kochsalz zugeschickt, welche gleichfalls aus den Sammlungsgeldern bestritten wurden.

Weiter wurde beschlossen, von den Amtsvertretern der Bezirke, in welchen der Nothstand herrscht, möglichst genaue Anträge über die voraussichtlich noch benötigten Quantitäten an Lebensmitteln abzuverlangen.

Ähnliche Ausweise über die nothwendige Menge an verschiedenen Samenfrüchten zum Anbau sind

vom l. l. Landes-Präsidium bereits abgesondert worden.

— In der am letzten Samstag stattgefundenen Zusammenkunft der Sänger, Turner und Schützen hat Herr Professor Wretschko einen ausgezeichneten Vortrag über Pflanzenphysiologie gehalten.

— Morgen wird zum Benefiz des Schauspielers Herrn Biegler „der Kunstmaler von Nürnberg“ von D. Redwitz gegeben. Bei der freundlichen Aufnahme, welche das Stück hier fand, als es zum ersten Male aufgeführt wurde, ist auch dienstlich ein zahlreicher Besuch vorauszusezen.

— Der Gesangverein in Stein, dessen Thätigkeit und rasches Aufblühen wir schon öfter zu erwähnen Gelegenheit hatten, wird, wie wir hören, am Sonntag nach Ostern ein Concert zum Besten der Innerkrainer veranstalten.

— Am 31. März starb in Klagenfurt der als Naturforscher rühmlich bekannte Offizial der Landeshauptkasse Friedrich Koeckl, ein geborner Krauner, im 63. Lebensjahr. Die „Klag. Bzg.“ schreibt anlässlich der Nachricht von seinem Tode: Als Botaniker, Geo- und Conchysilog, war er weit über die Grenzen unserer Heimat genannt; viele naturwissenschaftliche Vereine und Anstalten des Innern und Auslandes zählten ihn zu ihren Mitgliedern, alle kennen seinen Namen, der durch Benennung von ihm entdeckter Arten in die Wissenschaft eingeführt wurde. In Kraain geboren, kam er früh nach Kärnten und brachte hier den bei weitem größten Theil seiner Lebenszeit zu. Sein rastloser Sammlerleib, die seltene Hingabe, mit der er der Wissenschaft treu blieb, förderte nicht nur diese selbst, sondern, da sie ihn auf unsere Berge führte, auch die naturwissenschaftliche Durchforschung unseres Heimatlandes wesentlich. Die warme Liebe, mit der er die Naturforschung betrieb, sammelte schon zu Zeiten, wo diese in Österreich noch daniederlag, einen Kreis eisriger Jünger um ihn, darum werden viele Freunde und Fachgenossen die Kunde seines Ablebens mit tiefer Trauer vernehmen; das Museum, dem er seine reichen, schönen Sammlungen vermacht hat, verliert an ihm einen seiner eisrigsten Freunde und Förderer.

— Ans Cilli, 31. März, schreibt man der „T. P.“: Während die Verhandlungen bezüglich eines Ausgleiches der T. Miller'schen Konkursmasse noch immer nicht einem gehofften Abschluß zugeführt sind, und das faktische Inslebentreten der vielfach besprochenen Styrian-Steelcompany demgemäß in die Ferne rückt, hat gestern bei der in Folge ungünstiger Zeitverhältnisse gleichfalls insolvent gewordene Eisengewerkschaft Stors ein unerwartetes Arrangement stattgefunden. Es wurde nämlich gestern eine Tagssatzung der Gläubiger der gedachten Firma bei dem Vergleichsleiter Herrn Notar A. B. Mrvalag abgehalten, bei welcher sich die Stimmemehrheit für einen Ausgleich entschied. Nachdem die kleineren Gläubiger und Vorzugssponsoren im Betrage von 17.000 fl. beglichen sind und zum Weiterbetriebe des Werkes noch ein Baarfond von 12.000 fl. vorliegt, entschied sich die Majorität der Gläubiger für die Uebernahme der Gewerkschaft in der Weise, daß jeder sich mit einem seiner vorliegenden entsprechenden Aktienbetrag an dem Unternehmen beteiligt. Dem vormaligen Eigentümer des Werkes, Herrn von Puizer, entfällt hicbei bei dem günstigen Stande der Bilanz ein Aktienbetrag von 150.000 fl. Die überraschend schnelle Abwicklung dieses Ausgleiches ist dadurch wesentlich gefördert worden, daß ihr der mit Stimmeneinhelligkeit beschlossene Ausgleich des Hauses Puizer in Tirol vorausgegangen ist.

— Aus der Gemeinde Kumen, im Bezirk Marburg, wird gemeldet, daß am Montag Vormittag im Gebirge drei Menschen durch den Sturz einer Schneewalline ihren Tod gefunden haben. Nach Einlangen der Schreckens-Nachricht eilte man sofort zur Hilfeleistung an den Ort des Unfalls, doch wurden die Verunglückten nur als Leichen aus dem Schnee gebrückt.

— Vor Kurzem drang Nachts ein frecher Kirchenräuber in die Pfarrkirche St. Peter bei Marburg ein, und stahl dort den ganzen Vorrath von Altartüchern.

— Aus Leoben, 31. März, meldet man der „T. P.“: Bei dem heute abgeführten Preßprozeß gegen die „Zwangsläsen Blätter“ ist deren Herausgeber und verantwortlicher Redakteur, Herr Josef Vogl, vollkommen losgesprochen worden.

Wiener Nachrichten.

Wien, 1. April.

Se. Majestät der Kaiser haben der Gemeinde Wildbad-Gastein zum Wiederaufbau der dortigen Kirche allernächst einen Beitrag von dreitausend Gulden gespendet.

— Bei der heute stattgehabten Ziehung der Kreidlose fiel der Haupttreffer auf Serie 3107 Nummer 83. Vierzigtausend Gulden gewinnt Serie 835.

Nummer 63; Zwanzigtausend: Serie 3107 Nummer 30. Fünftausend: Serie 1477 Nummer 4 und Serie 1477 Nummer 96; Zweitausend: Serie 3107 Nummer 19 und Serie 2632 Nummer 84. Sonstige gezogene Serien sind: 791, 4075, 3550, 1564, 3872, 2979, 1753, 3544, 515, 2617, 744, 1816, 2122 und 2280.

Aus dem Gemeinderath.

In der Sitzung vom 1. April d. J. stellte, nach Lesung und Genehmigung des Protokolls der letzten Sitzung und erfolgten Angelobung der Bürgerpflichten von Seite zweier neu ernannter Bürger, Herr G.-R. Ritter v. Kaltenegger den Dringlichkeitsantrag, der Gemeinderath wolle in Anerkennung der musterhaften Haltung, welche das kaiserlich mexikanische Heikorps während seines mehrmonatlichen Verweilens in Laibach beobachtet hat, demselben einen ehrenden Nachruf votieren und der Bürgermeister wolle dies dem österreichischen Korpskommando im Wege der kaiserlichen Gesandtschaft in Wien mit dem Ausdruck des Bedauerns über das Scheiden dieses Corps bekanntgeben, welcher Antrag, vom Herrn Antragsteller eingehend motivirt und vom Herrn G.-R. V. C. Supan befürwortet, einstimmig angenommen wurde. — Hierauf machte der Vorsitzende die Mitteilung, daß Punkt 5 a der Tagesordnung entfallen, da der betreffende Antragsteller sein Gesuch zurückgezogen habe, dann daß das Comité für den Kopaliivalidenfond 1 Exemplar des Werkes „das Kopaldenkmal“ an den Magistrat überwenden habe und schlug vor, dieses Werk an die L. k. Studienbibliothek zu übermitteln, welcher Vorschlag gutgeheißen wurde.

Gelegenheitlich der in der letzten Sitzung gestellten Interpellation bezüglich der Herstellung der Zufahrtsrampe am Gruberkanal eröffnet der Bürgermeister, daß die anhaltende, ungünstige Witterung die Angriffnahme der bezüglichen Arbeiten bisher verhindert habe.

Über Antrag des Gemeinderathes Paßl wird beschlossen, die Besetzung der Marktkommissärstelle nicht, wie auf der Tagesordnung angesetzt war, in vertraulicher, sondern in öffentlicher Sitzung vorzunehmen.

G.-R. Dr. Bleiweis fragt den Bürgermeister, ob derselbe nicht geneigt sei, bei dem Umstände, als die Klagen über das Zunehmen des Hausbetrags sich mehren, dem Bettelvogt diesfalls verschärfe Weisungen zu geben. Der Bürgermeister erklärt, daß dies bereits gestern geschehen sei, wobei Vize-Bürgermeister Dr. Supan ersucht, der Bettelvogt möge darauf aufmerksam gemacht werden, beim Arresten der Bettler nicht in die Wohnungen einzudringen.

Ferner fragt G.-R. Dr. Bleiweis, ob der Magistrat nicht für die Zukunft mit der Polizeidirektion sich in's Einvernehmen setzen werde, damit der bisherige Modus bei Verhängung von Strafen wegen ununterlassener Schneereinigung vor den Häusern, der zu mancherlei Beschwerden Veranlassung gegeben habe, abgeändert werde. Der Bürgermeister sagt dies zu.

G.-R. Dr. Mitteis fragt den Vorsitzenden, ob der von Seite des Gemeinderathes an das hohe Staatsministerium zu dem Zwecke ergriffene Reklame, damit der städtischen Knaben-Hauptschule bei St. Jakob das Recht, Privatschüler zu prüfen, vindicirt werde, noch keine Erledigung gefunden habe. Der Bürgermeister erklärt, daß diesfalls noch keine Entscheidung herabgelangt sei.

Hierauf wird zur Tagesordnung geschritten. G.-R. Stedry referiert Namens der Baufktion über die im laufenden Jahre vorzunehmenden Gassenpflasterungen und Kanalbauten. Nach langer dauernder, eingehender Debatte, an welcher sich die Herren Gemeinderäthe Schwendtner, Debene, Dr. Alhacé, Malisch, Blasnik, Dr. Supan, Dr. Bleiweis, Dr. Reher, Dr. Schöppl, Dr. von Kaltenegger, Horak, Paßl und Dr. Orel beteiligen, wird die Vornahme folgender Gassenbauten beschlossen:

1. Die Makadamisierung der Fahrbahn von der Spitalgasse bis zum Schulplatz nebst der Herstellung der übrigen Trottoirs;

2. die Pflasterung zwischen dem Bischofshofe und dem Bürgerpitalsgebäude mit alten Kugelsteinen;

3. Legung eines Trottoirs längs der Wasserseite des Bürgerpitalsgebäudes;

4. die Durchführung des Kanals in der Polana-Vorstadt bis zur Kasernbrücke;

5. die Durchführung des Kanals in der Rosen-Gasse;

6. die Herstellung des Gehweges bei dem ehemaligen Gasthause „zur Schnalle“;

7. die Herstellung eines Gehweges längs des Burggartens über den Kongressplatz bis zum Ursulinenkloster;

8. die Legung eines breiten Trottoirs längs des Casino's, Casinogartens, des Ovijazh'schen und Bettinovizj'schen Hauses;

9. die Pflasterung der oberen und unteren Graschagasse.

Über Antrag des Dr. Schöppl wird ferner beschlossen, die Baufktion aufzufordern, über die Reihenfolge, in welcher diese Bauführungen in Angriff genommen werden sollen, dem Gemeinderath einen Vorschlag zu erstatten, wozu Dr. Pfefferer das ebenfalls zum Beschlusse erhobene Amendment stellt, daß die Kanalisierung in der Rosengasse jedenfalls zuerst in Angriff genommen werde.

G.-R. Dr. Mitteis referiert Namens der Baufktion wegen Fixirung eines Pauschales für Amtserfordernisse an der städtischen Knaben-Hauptschule bei St. Jakob und beantragt, die dortige Hauptschule-Direktion aufzufordern, sich darüber zu äußern, ob sie mit Fixirung eines Pauschales im Jahresbetrage von 60 fl. einverstanden sei, welcher Antrag nach langer Debatte, an der sich die Gemeinderäthe Paßl, Horak, Kaltenegger, Schöppl, Blasnik, Bleiweis beteiligen, angenommen wird. (Schluß folgt.)

Concert.

Das gestern stattgehabte Concert der philharmonischen Gesellschaft war trotz der ungewohnten Stunde — halb 5 Uhr Nachmittags — doch sehr zahlreich besucht. Freilich war das Programm sehr anziehend, es enthielt, mit der einzigen Ausnahme eines Liedes von Abt, nur klassische Kompositionen von Cherubini, Beethoven und Mendelssohn. Das Orchester eröffnete das Concert mit der Ouverture zu „Athalon“ von Cherubini und exekutierte diese meisterhafte Komposition recht gut. Hierauf folgten zwei reizende Lieder von Mendelssohn „Das Veilchen“ und „Reislied“, vorgetragen von Herrn Julins Ledeneig; dann zwei Stücke für Pianoforte „Romanze“ von Beethoven und „Lied ohne Worte“ von Mendelssohn recht zart und elegant gespielt von Fr. Emilie Perko, ferner „Frühlingslied“ von Mendelssohn und „Bleib bei mir“ Lied von Abt, mit der schon bekannten Bravour gesungen von Frau Leopoldine Gregoritsch, welche Solovorträge sämtlich vom Auditorium mit lebhaftem Applaus belohnt wurden.

Den Glanzpunkt und zugleich Schluß des Concertes bildete die D-dur-Symphonie von Beethoven. Das der ersten, der Entwicklungsperiode des großen Meisters angehörige Werk trägt zwar noch den Charakter der Haydn'schen und Mozart'schen Richtung, hic und da blitzt aber schon der gewaltige Geist Beethovens durch, der uns in seinen späteren Werken durch gigantische Größe und Eigenthümlichkeit zur Bewunderung hinreicht. Es treten uns da und dort Gedanken und Ideen entgegen, die nur ein Genie, wie Beethoven, gedacht haben kann. Gleich der erste Satz fesselt durch die Fülle musikalischer Gedanken, durch die meisterhafte Form, durch den künstlerischen Bau; im zweiten Satz sprudelt es von lieblichen Melodien und überraschenden Wendungen in vollendetster schöner Form; man glaubt dem Gespräch eines geistreichen liebenswürdigen Mannes zu lauschen; der dritte Satz, das Scherzo, ist ein höchst originales, launiges Intermezzo, dem dann der letzte Satz in wundervoll klarer Gliederung, eine musikalisch gedachte logische Schlussfolgerung, sich anreicht. — Das Publikum, von dem sich nur einige wenige, welche für derlei größere Tonschöpfungen kein Verständnis haben, während der Symphonie entfernten, folgte der ausgezeichneten Aufführung unter Leitung des Herrn A. Nedved mit gespanntem Interesse und applaudierte so lebhaft, wie es bei Orchesterstücken selten zu applaudiren pflegt. Es war dies wohl ein Beweis von der mächtigen Wirkung des Beethoven'schen Tonwerkes, für dessen Aufführung wir der philharmonischen Gesellschaft nur dankbar sind.

Neueste Nachrichten und Telegramme.

Prag, 1. April. (N. Fr. Pr.) Die „Humoristische Listy“ sind heute nicht erschienen; die Polizei-Direktion hat Herrn Büngel die Redaktionsführung untersagt, weil er sich unter Anklage wegen Verbrechens der Ruhestörung in Untersuchung befindet.

Frankfurt, 1. April. (Pr.) In bundestägigen Kreisen verlautet mit Bestimmtheit, daß Österreich am 6. April im Sinne des bayerisch-sächsischen Antrages sich aussprechen wird. Ergibt sich, wie nicht bezweifelt wird, dafür die Majorität, so ist Österreich gewillt, die Erklärung abzugeben, daß es seinerseits als Mitbesitzer beabsichtigte, sein Recht an den Herzog von Augustenburg abzutreten, wodurch dessen sonst nicht vollständiges Recht ergänzt werden würde.

Dresden, 1. April. Das heutige „Dresdner Journal“ enthält einen ausführlichen Artikel über den mittelstaatlichen Antrag bezüglich der Herzogthümer-Frage. Es bekämpft in demselben die Ansicht, daß die Annahme des Antrages den Bund in die Alternative der Ohnmacht oder des Bürgerkrieges versetze. Die Annahme des Antrages gebe den Herzogthümern

einen Anlehnpunkt, keineswegs aber eine Aufforderung zur Auflehnung gegen die deutschen Großmächte. Die Ablehnung des Antrages bringe den Herzogthümern Klarheit darüber, was sie von Deutschland zu erwarten haben.

Berlin, 31. März. Die Militärlcommission des Abgeordnetenhauses hat auch den letzten, den Marineldienst betreffenden Theil der Militärnovelle, so wie sämtliche Amendements, somit die ganze Novelle, abgelehnt.

Berlin, 1. April. Das Abgeordnetenhaus hat § 1 der Regierungsvorlage (Bankordnungsnovelle) betreffend die Einrichtung von Bankfilialen in außerpreußischen Ländern abgelehnt; ferner den § 1 des Kommissionsantrages, wonach die Bankfilialen auf Hamburg und die Elbe-Herzogthümer beschränkt werden sollen, ebenfalls abgelehnt und das Amendement Michaelis, die Banknotenemission auf 60 Millionen zu beschränken, angenommen.

London, 31. März (Nachts). Im Unterhause antwortet Lord Palmerston auf eine Interpellation Newdegates, Erörterungen über die eventuelle Residenz des Papstes nach Ablauf der Konvention seien verfrüht. Die Regierung achtet den Papst persönlich und beweise dies gerne; aber das Hieherkommen des Papstes wäre ein politischer Anachronismus. Die Insel Malta sei übrigens vor zwei Jahren dem Papste angeboten worden.

Copenhagen, 31. März. (Nachmittags.) Der König hat die Demission der fünf Minister nicht angenommen, dagegen den Justizminister Holzen in Gnaden verabschiedet.

New-York, 22. März. Sherman marschiert auf Goldsboro — Unbeglaubliche Gerüchte zufolge hätte Sherman Goldsboro bereits eingenommen. — Gerüchtweise verlautet, daß General Lee mit großen Streitkräften bei Raleigh stehe. — Sheridan ist in Whitehouse angekommen. — Der südstaatliche Kongress hat alle von Davis empfohlenen Maßregeln angenommen.

„New-York-Herald“ versichert, Davis werde den Kampf aufgeben.

Markt- und Geschäftsberichte.

Wiener Fruchtbörse. (Telegramm vom 1. April.)

Weizen: Danater, Raab, von fl. 3.35, 88 Pf., bis fl. 3.40, 89 Pf.

Weissenburger, Raab, fl. 3.45, 87 Pf.

Mais: Wien, fl. 2.40, 80—81 Pf.

Gerste: Slovalische, Wien, fl. 2.10, 72 Pf.

Hafer: Ungarischer, Transito, von fl. 1.41, 48 Pf., bis fl. 1.48, 51—52 Pf.

Ungarischer, Transito, fl. 1.45, 49—50 Pf.

Umsatz in Weizen 35.000 Mehzen.

Weizenmehl: Kaiserzug, Tafelgries, Nr. 0 von fl. 9.50 bis fl. 10.50, Nr. 1 von fl. 8.70 bis fl. 10.—, Nr. 2 von fl. 7.50 bis fl. 8.50, Nr. 3 von fl. 5.— bis fl. 6.25, Nr. 4 von fl. 4.— bis 4.75, Nr. 5 von fl. 3.— bis fl. 4.—

Kornmehl: Nr. 0 von fl. 5.25 bis fl. 6.50, Nr. 1 von fl. 4.25 bis fl. 5.25, Nr. 2 von fl. 3.25 bis fl. 4.25.

Laibach, 1. April. Auf dem heutigen Markt sind erschienen: 7 Wagen mit Heu und Stroh (100 Bentner), 104 Wagen und 5 Schiffe (30 Klafter) mit Holz, und 68 Mehzen Erdäpfel.

(Wochenmarkt-Preise.) Weizen pr. Mehzen fl. — (Magazins-Preis fl. 3.89); Korn fl. — (Mdgz. Pr. fl. 2.50); Gerste fl. — (Mdgz. Pr. fl. 2.33); Hafer fl. — (Mdgz. Pr. fl. 1.86); Halbschrot fl. — (Mdgz. Pr. fl. 2.72); Heiden fl. — (Mdgz. Pr. fl. 2.77); Hirse fl. — (Mdgz. Pr. fl. 2.80); Kulturz. fl. — (Mdgz. Pr. fl. 2.88); Erdäpfel fl. 2.— (Mdgz. Pr. fl. —); Linsen fl. 4.— (Mdgz. Pr. fl. —); Erbsen fl. 3.70 (Mdgz. Pr. fl. —); Fisolen fl. 3.75 (Mdgz. Pr. fl. —); Kindschmalz pr. Pfund fr. 60; Schweineschmalz fr. 44; Speck, frisch fr. 32, geto. geräuchert fr. 44; Butter fr. 60; Eier pr. Stück fr. 1½; Milch (ordinär) pr. Maß fr. 10; Rindfleisch pr. Pfund fr. 19—21; Kalbfleisch fr. 18; Schweinfleisch fr. 23; Schöpfsfleisch fr. —; Hähnchen pr. Stück fr. 45; Tauben fr. 15; Heu pr. Ztr. fl. 1.10; Stroh fr. 75; Holz, hartes 30"; pr. Klafter fl. 9.50; geto. weiches fl. 6.20; Wein (Mdgz. Pr.) rother pr. Eimer von 11 bis 15 fl., weißer von 12 bis 16 fl. (Mit Einrechnung der Verzehrungssteuer.)

Theater.

Heute Montag: Ein weißer Othello. Posse in 1 Akt, nach dem Französischen des W. Friedrich.

Hierauf: Die schöne Müllerin. Komische Operette in 1 Akt, von Joh. Bapt. Kerr.